

---

**Protokoll**

Sitzung Nr. 1  
 Datum **Mittwoch, 30. Januar 2019**  
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I  
 Zeit 19.30 bis 20.45 Uhr

---

Vorsitz	Rudolf Gerber	SP 1
1. Vizepräsident	Samuel Tschumi	SVP 1
Stimmzählende	Michael Fust Niklaus Marthaler	SP 1 SVP 1
Mitglieder	Marco Bucheli Marcial Duc Roland Guggisberg Matthias Kobel Bruno Mosimann Peter Nussbaum Fritz Pfister René Ritter Markus Wüthrich	SVP 9
	Markus Dietiker Monika Flückiger-Brunner Kornelia Hässig Vinzens Hans-Jörg Rhyn Tharnan Selliah Petra Spichiger-Röllli Philip Steiner Patricia Zangger-Schöni	SP 8
	Markus Bacher Martin Doriot Patrick Heimann Marcel Remund Stefan Stock Matthias Widmer	FDP 6
	Jürg Jenni Beat Koch Peter Kofel Marceline Stettler-Schwenter Annette Tichy-Gränicher Bruno Vanoni	GFL 6
	Raymond Känel Hans-Jörg Rothenbühler	BDP 2
	Andreas Buser	

Mario Morger	glp 2
André Tschanz Karin Walker	EVP 2
Romana Wolfsberger	fdU 1

---



---

 40
 

---

Vertreter des Gemeinderats	Daniel Bichsel, Gemeindepräsident Mirjam Veglio, Vizegemeindepräsidentin Peter Bähler Markus Burren Sabine Huber-Spari Edi Westphale
Abwesend	Peter Traber
Sekretär	Stefan Sutter, Gemeindeschreiber
Beigezogen	Heidi Ulrich, Bereichsleiterin Sicherheit
Protokoll	Priska Iseli, Höhere Sachbearbeiterin
Anzahl Zuhörende	2
Anzahl Medien	0

---

## Geschäfte

1	Pro Protokoll Protokoll vom 5. Dezember 2018 .....	6
2	1.201.7 Geschäftsprüfungskommission Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl .....	7
3	1.201.7 Geschäftsprüfungskommission Geschäftsprüfungskommission; Wahl Präsidium, Vizepräsidium und Sekretariat .....	7
4	126.219 Blumengrab 2018 1.12.5 Bestattungs- und Friedhofreglement, Verordnung zum Bestattungs- und Friedhofreglement, Verordnung über die Gebühren im Bestattungs- und Friedhofwesen Neue Anlage für Urnenbeisetzungen; Verpflichtungskredit und Änderung Bestattungs- und Friedhofreglement .....	8
5	1.92.1 Motionen Dringliche Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Die Gemeinde Zollikofen soll sich an der Machbarkeitsstudie zur Zukunft der Kernregion Bern beteiligen"; Erheblicherklärung .....	11
6	1.92.2 Postulate Dringliches Postulat Michael Fust (SP) betreffend "Einführung einer Ganztagesschule in Zollikofen"; Erheblicherklärung .....	14
7	1.92. Parlamentarische Vorstösse Parlamentarische Eingänge .....	16

GROSSER GEMEINDERAT ZOLLIKOFEN

Rudolf Gerber  
Präsident

Stefan Sutter  
Sekretär

Priska Iseli  
Protokollführerin

## Verhandlungen

### Begrüssung

**GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP):** Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Ich begrüsse euch herzlich zur ersten Sitzung des Grossen Gemeinderats im Jahr 2019. Insbesondere begrüsse ich die fünf neuen Mitglieder im Grossen Gemeinderat. Bitte steht kurz auf: Romana Wolfsberger (fdU), Marcial Duc (SVP), Matthias Widmer (parteilos/FDP), Markus Wüthrich (SVP), Raymond Känel (BDP). Ich heisse euch ganz herzlich Willkommen, wünsche euch viel Erfolg bei eurer Tätigkeit als GGR-Mitglieder und vor allem viel Frustrationstoleranz, wenn ihr einmal nicht durchkommt mit einem Geschäft oder einem Vorstoss, das gehört auch zur Politik. Ich begrüsse die Vertretung des Gemeinderats, seitens Presse ist niemand da, seitens Verwaltung Heidi Ulrich, Bereichsleiterin Sicherheit, beigezogen beim Traktandum 4. Es sind keine Abmeldungen eingegangen, wir sind vollzählig, ein fantastischer Start. Wir sind somit 40 Mitglieder und damit beschlussfähig. Entschuldigt seitens Gemeinderat ist Peter Traber. Zur Erinnerung: Entschuldigungen sind bitte ans Sekretariat zu richten. Ratsmitglieder, welche später kommen oder früher gehen müssen, melden das ebenfalls dem Sekretariat.

---

### Mitteilungen

**GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP):** Wir haben fünf neue GGR-Mitglieder. Das heisst, wenn das so weitergeht, erneuern wir innerhalb von zehn Jahren den ganzen GGR. Und da hätte sicher Herr Oesch Freude daran. Weil, er sammelt ja zurzeit Unterschriften für eine Amtszeitbeschränkung und damit wäre ja das schon vor der Einreichung erfüllt und ganz in seinem Sinne. Und damit bin ich beim Stichwort. Herr Oesch hat per Ende Dezember 2018 seine Demission eingereicht. Normalerweise sagt bei einer Verabschiedung eines GGR-Mitglieds die Partei etwas. Ich möchte hier eine Ausnahme machen. Weil, diejenigen, welche die Zeitung eifrig gelesen haben, sind bestimmt auf das Portrait mit Foto in der BZ über Toni Oesch gestossen. Das sagt uns, dass er eine wichtige Persönlichkeit hier in Zollikofen ist. Toni Oesch hat sich 50 Jahre lang in Zollikofen politisch engagiert. Er ist, mit Unterbrüchen, 35 Jahre lang im GGR gewesen. Zuerst als Vertreter des Landesring der Unabhängigen, dann als Vertreter des Forum der Unabhängigen. Er war 16 Jahre lang im Gemeinderat, er hat einmal die Finanzkommission präsiert, dann die Vormundschafts- und Sozialkommission ausserdem war er tätig in weiteren verschiedenen Kommissionen. Als Mitglied des Landesrings kam er 1967 in den GGR und, wenn ich das richtig sehe, war das das erste Parlament, welches Zollikofen hatte. Er war also von Anfang an dabei. Er hat sechs Gemeindepräsidenten erlebt. Daniel Bichsel, das habe ich auch gelesen, du warst Lehrling bei ihm in Zollikofen auf der Gemeinde. Er hatte eine hohe Meinung von dir nicht nur als Lehrling, sondern auch nachher. In diesem Portrait sagt er nämlich: "Mit dem aktuellen Präsidenten Daniel Bichsel könne er es recht gut, obwohl sie nicht immer einig seien. Aber – es geht um die Sache." Herr Oesch hat sich über Jahrzehnte in Zollikofen eingesetzt, er hat zwar mit seinen Voten, Ideen und auch Vorstössen nicht immer Begeisterungstürme ausgelöst, aber es war ein grosses Engagement dahinter. Und dieses Engagement verdient Respekt, das ist einmalig, es verdient Dank und ich bitte euch um einen kräftigen Applaus für Toni Oesch. Alles Gute und gute Gesundheit für ihn (Kräftiger Applaus).

Wie ihr bereits per Mail informiert wurdet, wird ein Fotograf anfangs der Sitzung Fotos vom GGR schiessen. Dieses Sujet ist bestimmt für die neue Gemeinde-Website. Falls noch PET-Flaschen bei euch auf dem Pult stehen, stellt diese bitte während dieser Zeit auf den Boden, danke. Lasst euch vom Fotoshooting nicht irritieren.

Als Tischvorlage habt ihr heute den neuen Sitzungsspiegel ab 1.1.2019 vor euch.

Per Mail habt ihr vorgängig zur heutigen GGR-Sitzung die dringliche Motion von Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Die Gemeinde Zollikofen soll sich an der Machbarkeitsstudie zur Zukunft der Kernregion Bern beteiligen" erhalten. Zudem habt ihr das dringliche Postulat von Michael Fust (SP) betreffend "Einführung einer Ganztagschule in

Zollikofen" erhalten. Über die Dringlichkeit dieser Vorstösse werden wir unmittelbar nach den Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission und des Gemeinderats befinden. Im Anschluss an die heutige Sitzung lade ich euch zum Apéro ein.

**GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL):** Die GPK hat am 12. November 2018 eine Verwaltungskontrolle nach Artikel 57 der Gemeindeverfassung vorgenommen. Ausgewählt war in diesem Jahr das Departement Bildung. Die Gesamt-Kontrolle umfasste folgende Punkte:

- Prüfung der Umsetzung von Empfehlungen der GPK aus der Verwaltungskontrolle 2017.
- Risikomanagement in der Gemeinde.
- Überprüfen der Verwaltungstätigkeit und der Organisation: Abläufe und Zuständigkeiten.
- Personalführung, Weiterbildung, Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung.
- Jährliche Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Datenschutzbestimmungen in der Gemeinde.
- Detailprüfung des Departements Bildung.

Bei der Vorbereitung stützte sich die GPK auf Verwaltungsberichte der Vorjahre und Informationen aus der Internetseite der Gemeinde Zollikofen. Weiter hat die GPK einen umfangreichen Fragenkatalog zusammengestellt, welcher vorgängig dem Departement und der Verwaltung abgegeben wurde. Die schriftlich und mündlich abgegebenen Antworten auf die Fragen wurden dokumentiert. Seitens der Gemeindeverwaltung und der Behörden haben folgende Personen an den Gesprächen teilgenommen. Allgemeine Fragen betreffend der Verwaltung: Daniel Bichsel (Gemeindepräsident), Stefan Sutter (Gemeindeschreiber) und David Porter (Finanzverwalter) zum Datenschutz, Beat Baumann (Bauverwalter) zum Vergabewesen. Die Einhaltung des Datenschutzes wurde mit detaillierten Fragen überprüft. Datenschutz und Datensicherheit sind nach Erkenntnissen der GPK sichergestellt. In die Zuständigkeit der GPK fällt ebenfalls die Aufsicht über das Beschaffungswesen. Zwei Geschäfte wurden in diesem Jahr vertieft überprüft. Nach dem Zufallsprinzip wurde die Beschaffung von zwei Motorspritzen der Feuerwehr ausgewählt. Hier wurden durch die GPK Empfehlungen für zukünftige Beschaffungen ausgesprochen. Als zweites Geschäft wurde durch die GPK die Sanierung bzw. der Umbau Aula ausgewählt. Von Beat Baumann sind wir über den Stand des Geschäfts und die Ursachen für die Verzögerungen informiert worden. Der GPK wurde gesagt, dass keine Mehrkosten zu erwarten sind. Anschliessend fand die Verwaltungskontrolle für das Departement Bildung statt. Hier haben folgende Personen an den Gesprächen teilgenommen: Sabine Huber-Spari (Vorsteherin Departement Bildung), Sandra Burkhalter (Abteilungsleiterin Bildung), Andreas Leutwyler (Vertreter der Schulleitung Sekundarstufe) und Dajana Wetzel (Vertreterin der Schulleitungen Primarstufe). Die GPK hat einen guten Eindruck von der Organisation und der Arbeit im Departement Bildung. Die Organisation wird als zweckmässig erachtet. Die Handlungsabläufe sind effizient und die Zusammenarbeit im Departement und mit der Verwaltung gibt zu keinen Beanstandungen Anlass. Auf die Frage, was das grösste Problem in der Schule ist, wurde der fehlende Schul- und Lehrerraum und die dadurch zusätzlich erschwerte Suche nach Lehrkräften aufgeführt. Eine gute Infrastruktur ist für Lehrer und Schüler sehr wichtig. Auch im Departement Bildung wurden durch die GPK verschiedene Empfehlungen formuliert.

Es war ein interessanter Vormittag, die GPK dankt dem Departement Bildung für die Arbeit im vergangenen Jahr; aber auch allen, die in der Verwaltung im vergangenen Jahr tätig waren und tagtäglich ihr Bestes gaben.

Nach zwei intensiven Jahren als Präsident der GPK geht meine Amtszeit nun vorbei. Ich möchte meinen Kolleginnen und Kollegen in der Kommission für die Zusammenarbeit danken. Es war wirklich ein "Zusammen". Ein besonderer Dank geht auch an die Protokollführerin, Katja Schönholzer, für die sehr gute Zusammenarbeit und ihre Unterstützung. Die GPK ist eine politisch neutrale Kommission, welche leider von verschiedene Personen belächelt wird. Ich finde aber, dass die neutrale Überprüfung durch diese Kommission sehr wichtig ist. So konnten verschiedene Geschäfte, nachdem sie teilweise durch die GPK hinterfragt wurden, zurückgezogen, angepasst oder präzisiert werden. Die GPK übt ihre Tätigkeit gemäss der Gemeindeverfassung aus. Sie stellt Fragen, kontrolliert Geschäfte die dem GGR unterbreitet werden und macht Empfehlungen. Müssten wir uns als GGR nicht überlegen, dieser

Kommission auch Kompetenzen zu geben? Heute Abend wird nun diese GPK neu aufgestellt. Ich wünsche der neuen Führung und den Mitgliedern viel Erfolg.

---

**GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP):** Wir kommen nun zur dringlichen Motion von Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Die Gemeinde Zollikofen soll sich an der Machbarkeitsstudie zur Zukunft der Kernregion Bern beteiligen". Es geht nun einzig und allein darum, im jetzigen Stadium der Sitzung über die Dringlichkeit zu beraten und zu entscheiden, nicht aber über die Inhalte. Ich erteile dem Motionär das Wort, damit er die Dringlichkeit begründen kann. Wenn sie angenommen wird, werden wir die Motion im Anschluss an das Traktandum 4 behandeln.

**Bruno Vanoni (GFL):** Wenn die Dringlichkeit nicht bestritten würde – der Gemeinderat befürwortet diese – dann möchte ich auch gar nicht länger werden, dann ist es eigentlich gegeben. Aber – falls sie bestritten würde, möchte ich gerne noch ein paar Begründungen mitteilen.

**Beschluss** (mehrheitlich)

Der Motion wird die Dringlichkeit zugesprochen.

---

**GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP):** Wir kommen nun zum dringlichen Postulat von Michael Fust (SP) betreffend "Einführung einer Ganztagschule in Zollikofen". Ich erteile dem Postulant das Wort, damit er die Dringlichkeit begründen kann. Wenn sie angenommen wird, werden wir das Postulat ebenfalls im Anschluss an das Traktandum 4 behandeln.

**Michael Fust (SP):** Da ja auch in diesem Fall der Gemeinderat die Dringlichkeit befürwortet schlage ich vor, ohne weitere Verzögerungen darüber abzustimmen.

**Beschluss** (einstimmig)

Dem Postulat wird die Dringlichkeit zugesprochen.

---

## Traktandenliste

**GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP):** Die Traktandenliste hat somit eine Änderung erfahren. Bis und mit Traktandum 4 bleibt sie gleich, Traktandum 5 neu: Dringliche Vorstösse. 5.1 Motion Bruno Vanoni, 5.2. Postulat Michael Fust und das Traktandum 5 wird neu zum Traktandum 6 Parlamentarische Eingänge.

**Beschluss**

Die Traktandenliste wird genehmigt.

---

1 Pro Protokoll

## Protokoll vom 5. Dezember 2018

**GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP):** S. 98, Geschäft Nr. 39, Wahl Ratsbüro 2019: Das fehlende Votum von Marceline Stettler wird wie folgt ergänzt.

**Marceline Stettler (GFL):** Ich gebe zu, Rechnen hat noch nie wirklich zu meinen Stärken gehört. Ich habe Deutsch, Geschichte oder so wesentlich lieber gehabt. Als ich aber diese Woche, wegen den Wahlen von heute Abend, gelesen habe, in einem Mail unter den Fraktionen, den Turnus, den liesse man jetzt so sein - die SP, danach die SVP, dann die Kleinen, anschliessend die FDP und dann wieder die SP. Da dachte ich, komisch. In der FDP sind

vorne drei und hinten drei, das gibt sechs. Bei der GFL sitzen vorne nur zwei und hinten noch vier, aber eigentlich, hätte ich nur besser aufgepasst in der Schule, dann wäre es mir klar, dass wir zu den Kleinen gehören und die FDP zu den Grossen. Aber jetzt, lassen wir das, es ist ja eigentlich auch nicht matchentscheidend. Es stört mich auch nicht gross. Man hatte nur das Gefühl, vielleicht hätte man wenigstens darüber reden können. Aber, wir lassen das. Für uns ist sowieso wichtiger, dass man konstruktiv und aktiv mitarbeitet und nicht, ob man jetzt zu den Kleinen oder zu den Grossen gehört. Wir haben uns mit der EVP und der GLP abgesprochen, sie haben beide das Gefühl gehabt, im Moment käme es für sie nicht in Frage und darum, in Anlehnung an die Wahlen von heute Morgen darf ich jetzt euch, und da sind wir sehr stolz darauf, Annette Tichy zur Wahl vorschlagen.

### **Beschluss**

Das mit dem Votum von Marceline Stettler ergänzte Protokoll wird genehmigt.

---

2 1.201.7 Geschäftsprüfungskommission

### **Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl**

**GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP):** Das Eintreten ist vorgegeben. Markus Hadorn (BDP) hat seinen Rücktritt erklärt als GPK-Mitglied per Ende Dezember 2018. Es ist eine Ersatzwahl vorzunehmen. Die BDP verzichtet auf einen Sitz in der Kommission. Wir haben zwei Wahlvorschläge erhalten. Beat Koch (GFL) und Markus Bacher (FDP).

**Marceline Stettler (GFL):** Ihr konntet alle lesen, dass die GFL bereit gewesen wäre, einzuspringen und mit der Kandidatur von Beat Koch dazu beizutragen, dass die GPK wieder komplett ist. Eine aktive Mitarbeit in den Kommissionen ist uns nämlich wichtig. Einen parteipolitischen Anspruch wollten wir damit nicht in die Waagschale werfen, obschon eine angemessene Vertretung der Fraktionen laut unserer Geschäftsordnung anzustreben ist. Zwischenzeitlich ist die Kandidatur von Markus Bacher bekannt worden. Wir haben uns zusammen mit Beat Koch entschieden, unsere Kandidatur zurückzuziehen und Markus Bacher, auf Grund seines Erfahrungsvorsprungs, zu unterstützen.

**GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP):** Danke Marceline. Somit liegt ein Vorschlag vor: Markus Bacher. Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

### **Wahl**

Gestützt auf Art. 56 GOGGR gilt Markus Bacher (FDP) als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission mit Amtsdauer vom 1. Februar 2019 bis 31. Januar 2021 als in Stiller Wahl gewählt.

---

3 1.201.7 Geschäftsprüfungskommission

### **Geschäftsprüfungskommission; Wahl Präsidium, Vizepräsidium und Sekretariat**

**GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP):** Auch hier ist die Eintretensfrage vorgegeben. Es geht um die zweijährige Amtsdauer vom 1. Februar 2019 bis 31. Januar 2021. Zu wählen sind Präsident/in, Vizepräsident/in und Sekretariat. Gibt es Wahlvorschläge für das Präsidium?

**Marco Bucheli (SVP):** Die SVP-Fraktion schlägt René Ritter vor.

### **Wahl**

Gestützt auf Art. 56 GOGGR gilt René Ritter (SVP) als Präsident der Geschäftsprüfungskommission mit Amtsdauer vom 1. Februar 2019 bis 31. Januar 2021 als in Stiller Wahl gewählt.

**GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP):** Zur Wahl des Vizepräsidiums. Gibt es Wahlvorschläge?

**Petra Spichiger (SP):** Die SP-Fraktion schlägt Philipp Steiner vor.

#### **Wahl**

Gestützt auf Art. 56 GOGGR gilt Philip Steiner (SP) als Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission mit Amtsdauer vom 1. Februar 2019 bis 31. Januar 2021 als in Stiller Wahl gewählt.

**GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP):** Zum GPK-Sekretariat, gibt es Wahlvorschläge?

**Patrick Heimann (FDP):** Die FDP-Fraktion schlägt Stefan Stock als Sekretär der GPK vor.

#### **Wahl**

Gestützt auf Art. 56 GOGGR gilt Stefan Stock (FDP) als Sekretär der Geschäftsprüfungskommission mit Amtsdauer vom 1. Februar 2019 bis 31. Januar 2021 als in Stiller Wahl gewählt.

---

4	126.219	Blumengrab 2018
	1.12.5	Bestattungs- und Friedhofreglement, Verordnung zum Bestattungs- und Friedhofreglement, Verordnung über die Gebühren im Bestattungs- und Friedhofwesen
		<b>Neue Anlage für Urnenbeisetzungen; Verpflichtungskredit und Änderung Bestattungs- und Friedhofreglement</b>

**GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP):** Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Wir machen zuerst eine allgemeine Runde, anschliessend die Detailberatung in zwei Teilen; zuerst wird die Kreditvorlage beraten und beschlossen, danach das Reglement.

**GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL):** Was ist im Kostenpunkt Mobiliar enthalten? Von welchem Ertrag pro Grab wird ausgegangen, wie hoch wird der Gesamtertrag des neuen Blumengrabs ausfallen?

**Gemeinderat Edi Westphale (GFL):** Seit der Frühgeschichte bis zum Durchbruch des Christentums im Römischen Reich unter Kaiser Konstantin entwickelten sich die Erd- und Feuerbestattungen parallel. Je nach Region war die eine oder die andere die bestimmende Bestattungsform. Das frühe Christentum verlangte jedoch, ebenso wie das Judentum und später der Islam, einen intakten Leib für die Bestattung, um das Weiterleben von Körper und Seele als Einheit auch im Jenseits zu gewährleisten. Dennoch wurde die Feuerbestattung auch in den christlichen Gebieten weiter praktiziert, bis Karl der Grosse im Jahr 789 per Dekret einheitlich für sein Reich die Feuerbestattung verbot. Einzig "ehrbare" Bestattungsform für den wahren Christen wurde die Erdbestattung auf dem Friedhof. Erst im 19. Jahrhundert wurde das Thema in Europa wieder aktuell. Die sich rasch vermehrende Bevölkerung und das gleichzeitig wachsende Wissen um Hygiene und Krankheitserreger führten zur Frage nach einer hygienisch sicheren Beseitigung von Leichnamen. An der Weltausstellung 1873 in Wien präsentierte Professor Brunetti die erste Feuerbestattungsanlage. Sie fand in den meisten europäischen Ländern grosses Interesse. 1876 schliesslich eröffnete in Mailand das erste Krematorium. Pionier der Feuerbestattungsidee in der Schweiz war der Zürcher Johann Jakob Wegmann. 1874 wurde der erste schweizerische Feuerbestattungsverein gegründet. Das von diesem Verein errichtete Krematorium auf dem Friedhof Sihlfeld in Zürich nahm 1889 den Betrieb auf. Im 20. Jahrhundert nahm der Anteil der Kremationen an den Bestattungen kontinuierlich zu. Um 1980 überschritt er gesamtschweizerisch die Hälfte, in den grossen Städten lag er am Ende der 1990er Jahre bis zu neun Zehntel. Zu diesem enormen

Anstieg wesentlich beigetragen hat die Aufhebung des Kremationsverbots durch die katholische Kirche im Jahr 1963. Ein weiterer Grund liegt darin, dass auf den meisten Friedhöfen in einem einfachen Grab kein zweiter Sarg, wohl aber eine zweite Urne beigesetzt werden darf, so auch auf dem Friedhof Zollikofen. Und dieser Trend ist auch auf unserem Friedhof erkenntlich.

Und wie ihr in den Unterlagen sehen könnt, ist die Bestattungsart "Urnennischen Böschung" ausverkauft, so dass eine Erweiterung ansteht. Im letzten Jahr wurde die "Baukommission Urnennischenanlage" eingesetzt. Ich bedanke mich an dieser Stelle nochmals herzlich für das engagierte Mitdenken und Mitmachen bei allen Mitgliedern und Beigezogenen. Das Siegerprojekt, das wir euch heute zur Genehmigung empfehlen, wurde in einem wettbewerbsähnlichen Verfahren erkoren. Drei Landschaftsarchitekturbüros haben sich daran beteiligt.

Die Aufgabenstellung lautete:

- Erstellen einer Anlage für Urnenbeisetzungen für 120 Nischen mit Platz für je zwei Urnen, eine spätere Erweiterung um rund 50 Nischen muss kostengünstig möglich sein.
- Die Anlage muss sich optisch in die bestehende Friedhofanlage einfügen.
- Investitionskosten von Fr. 200'000.00.
- Platz für Grabschmuck.

**Vorschlag 1:** Die zentral gelegene Wiese wird als sakraler Raum wahrgenommen. Entlang des Weges zum Wald soll die nördlich, bis jetzt nicht bebaute Böschung, zurückversetzt und flacher angelegt werden. Diese Böschung bietet Platz für 141 Urnennischen. Um dies zu ermöglichen sollen 21 Urnennischen der bestehenden Böschung aufgehoben und in die neue Böschung umplatziert werden. Während der Bauzeit müssten die Urnen im Keller der Aufbewahrungshalle zwischengelagert werden.

Bewertung: Die neue Böschung würde sich gut ins Friedhofbild einpassen. Die Versetzung der bestehenden 21 Urnennischen und die Zwischenlagerung der Urnen während der Bauzeit wurde als problematisch betrachtet. Der Platz für persönlichen Grabschmuck wird als zu klein empfunden. Zudem wurde die Beisetzung in die oberen der fünf Reihen als nicht praktisch eingestuft.

**Vorschlag 2:** Am bestehenden Konzept der Urnennischen soll festgehalten werden, indem auf dem westlichen Teil der zentralen Wiese künstliche Hügel geschaffen werden. In diese Hügel werden Urnennischen eingebaut. Die Hügel sind halbrundförmig angelegt. In der Hügellandschaft werden zusätzliche Bäume gepflanzt.

Bewertung: Wie lange es dauert, bis die Erdhügel sich gesetzt haben, konnte nicht genau gesagt werden. Das Mähen der mit Gras bewachsenen Hügel müsste mit Handrasenmähern geschehen. Persönlicher Grabschmuck könnte nur auf einem Kiesband vor den Hügeln gelegt werden. So haben wir auch dieses Projekt verworfen.

**Vorschlag 3:** Das Siegerprojekt ist dasjenige, welches wir euch hier vorschlagen mit dem Titel "Blumengrab". Die detaillierte Beschreibung steht im Antrag, deshalb verzichte ich hier auf eine Erläuterung.

Bewertung: Der Unterhalt kann maschinell erfolgen, die Blumengräber sind das ganze Jahr attraktiv und die Möglichkeit, individuellen Grabschmuck auf der Grabplatte zu deponieren, wurde sehr begrüsst.

Die Kosten für die Erstellung betragen, inklusive Honorar und Mehrwertsteuer, rund Fr. 158'000.00. Im Betrag "Mobiliar" sind vier Stühle zum Innehalten und Verweilen enthalten. Die zweite Frage der GPK kann ich wie folgt beantworten: Von Ertrag kann zum heutigen Zeitpunkt noch keine Rede sein. Zuerst werden verbindliche Offerten eingeholt und erst danach erfolgt die Anpassung der Gebühren, welche in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Es ist aber nicht die Absicht, mit Beerdigungen einen grossen Ertrag zu erzielen. Ich bitte euch, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

**Matthias Kobel (SVP):** Wie wir bereits aus dem Bericht und Antrag entnehmen konnten, wünschen sich die Menschen vermehrt individuelle Urnenbeisetzungen. Und damit wir diese Bestattungsform weiterhin anbieten können, muss eine neue Anlage gebaut werden. Als Mitglied der Baukommission Urnennischenanlage können auch ich und die SVP-Fraktion den Bericht und Antrag voll und ganz unterstützen. Wir von der SVP-Fraktion begrüssen mit die-

ser neuen Bestattungsform einerseits, dass das Bedürfnis der Bevölkerung nach individuellem, persönlichem Grabschmuck auf der Abdeckplatte Rechnung getragen wurde und andererseits, dass gegenüber der Investitionsplanung das Projekt Fr. 52'000.00 tiefer ist.

**Stefan Stock (FDP):** Die FDP bedankt sich für die Abfassung des Berichts. Wir haben uns zwar gefragt, warum es für das vorliegende Geschäft eigens eine Kommission gebraucht hat, aber das Resultat überzeugt. Uns gefallen nicht nur die Minderausgaben von knapp Fr. 50'000.00, sondern auch, dass sich das Projekt so schön in die Landschaft einfügt. Wir befürworten sowohl den Kredit wie auch die Änderung des Bestattungsreglements.

**Marceline Stettler (GFL):** Viele ältere Personen wollen bewusst ihren Nachkommen die jahrelange Grabpflege nicht zumuten. Und - viele Töchter und Söhne sind dafür dankbar. Viele Menschen möchten und schätzen jedoch "einen Ort des Gedenkens", den sie sporadisch oder spontan besuchen können. Ein Aluminiumschild mit dem Namen/den Namen als Erinnerung. Eine Steinplatte, auf der spontan Blumen hingestellt werden können. Wir haben den Eindruck, dass das "Blumengrab" auf eine einfache, aber würdige Art diese Wünsche erfüllt. Abgesehen davon, dass die Anlage als Ganzes wie auch in der Pflege zweckmässig erscheint. Wir bedanken uns für die detaillierten und verständlichen Unterlagen. Wir werden dem Verpflichtungskredit wie auch der Reglementsänderung zustimmen.

**Markus Dietiker (SP):** Wie ihr aus dem Bericht und Antrag entnehmen könnt unterliegt die Friedhofanlage einem ständigen Erneuerungsprozess. Im Jahre 2017 wurde eine nichtständige "Baukommission Urnennischenanlage" eingesetzt, welche sich intensiv mit dem Projekt auseinandersetzte. Die Mitglieder der Kommission haben sich für das Blumengrab mit der neuen Bestattungsform entschieden. Mit der vorliegenden Planung der Urnenbeisetzung wurde das bestehende, langfristige Konzept bedarfsgerecht angepasst. Die SP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit für die neue Anlage für Urnenbeisetzung einstimmig zu, wie auch der Änderung des Bestattungs- und Friedhofreglements unter Vorbehalt des fakultativen Referendums.

**Mario Morger (gfp):** Nach Urnenbeisetzungen wird immer stärker nachgefragt, das Bedürfnis eines ausreichenden Angebots scheint hoch zu sein. Aus meiner Sicht besteht eine Herausforderung bei der Planung und Erstellung einer solchen Urnenanlage vor allem darin, dass sich die natürliche Umgebung einbettet und dass der Verstorbene nicht als irgendeine Nummer untergeht, sondern eine würdige letzte Ruhestätte erhält. In dem Sinn beeindruckt mich das vorgeschlagene Konzept. Wird es so umgesetzt wie im Beispielbild des Schosshaldenfriedhofs aufgezeigt, dann handelt es sich hier um eine gestalterisch sehr schöne Anlage. Zudem ist sie finanziell auch günstig. Die Grünliberalen stimmen aus diesem Grund dem Verpflichtungskredit sowie der Änderung des Reglements zu.

## **Beschluss**

### A) In eigener Kompetenz:

Der Verpflichtungskredit für die neue Anlage für Urnenbeisetzungen von Fr. 158'000.00.00 zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 7710.5040.02) wird einstimmig bewilligt.

### B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

Die Änderung des Bestattungs- und Friedhofreglements vom 30. April 1997 (SSGZ 556.1) wird einstimmig genehmigt.

---

5 1.92.1 Motionen

**Dringliche Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Die Gemeinde Zollikofen soll sich an der Machbarkeitsstudie zur Zukunft der Kernregion Bern beteiligen"; Erheblicherklärung**

**Bruno Vanoni (GFL):** Um was geht es eigentlich in dieser Machbarkeitsstudie? Ihr konntet den Vorstoss lesen und darauf die Antwort des Gemeinderats. Wenn man die Medienberichte dazu verfolgt hat, hat man den Eindruck, es geht es um die Vorbereitung der Fusion von Ostermundigen mit der Stadt Bern. Wenn man in der Antwort des Gemeinderats zu dieser Motion liest, was er am Montag entschieden hat, dann hat der Gemeinderat nein gesagt zu einer Machbarkeitsstudie zum Thema Fusion zu Grossbern. Aber eigentlich treffen die Formulierungen beide nicht genau zu. Der Gemeinderat hat, wie er selber schreibt, die Anfrage um ein Mitmachen, korrekt unter dem doppelten Titel traktandiert gehabt am Montag an seiner Sitzung: Gemeindefusionen/Verbesserung Gemeindezusammenarbeit. Es geht also um zweierlei. Es geht nicht nur um die Fusionsfrage, sondern eben auch um die Verbesserung der Zusammenarbeit unter den Gemeinden in der Kernregion Bern. Das haben die beiden Gemeinden, die mitmachen wollen, Bolligen und Bremgarten, in ihren Stellungnahmen ganz deutlich hervorgehoben. Und das hat mich auch hellhörig gemacht und dazu motiviert, an diesem Vorstoss zu arbeiten. Die beiden Gemeinden, die sehen offenbar in dieser Machbarkeitsstudie eine gute Gelegenheit um auch Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden – auch ohne Fusion – zu untersuchen und zu klären. Das ist übrigens auch eine Meinung gewesen, die der Gemeindepräsident von Bremgarten, der Grünliberalen und eben auch der Gemeinderat von Bolligen unter Führung einer FDP-Gemeindepräsidentin in den Medien vertreten hat. Kurz gesagt, es bietet sich jetzt die Gelegenheit, eine solide Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für die Zukunft der Kernregion Bern gemeinsam zu erarbeiten. Darum geht es jetzt – und nicht um die Frage, ob eine Fusion mit Bern jetzt und noch ohne eine solide Grundlage zu einem Ziel erklärt werden soll. Ich bin überzeugt, dass Zollikofen zusammen mit Bremgarten und Bolligen einen guten Beitrag zu dieser Grundlage für spätere Entscheide für oder gegen Fusionen oder eben eine Zusammenarbeit, leisten könnte. Gerade weil alle diese drei Gemeinden zurzeit keine Fusionsabsichten haben – gerade deshalb könnten sie mithelfen, andere Formen besserer Zusammenarbeit zu entwickeln, im Rahmen dieser Studie. Ein solches Engagement wäre übrigens auch ganz im Sinne eines FDP-Vorstosses, der im Gemeindeparlament von Ostermundigen fast einstimmig angenommen wurde: Der Vorstoss verlangt die Prüfung von Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit unter den Gemeinden – und eben nicht nur die Prüfung einer Fusion. Ob wir die Gelegenheit dazu jetzt packen wollen oder nicht – darüber kann man geteilter Meinung sein. Der Gemeinderat hat dargelegt, warum er das nicht will. Immerhin bekennt er sich in seiner Stellungnahme deutlich zur verstärkten Zusammenarbeit in der Kernregion Bern. Das finde ich erfreulich an seiner Stellungnahme. Aber etwas hat mich bei der Lektüre der Stellungnahme schon ziemlich irritiert: Der Gemeinderat unterstellt nämlich, Bern und Ostermundigen hätten die anderen Regionsgemeinden eigentlich nur eingeladen wegen ihrem Geld, zum Mitmachen bei der Machbarkeitsstudie. Zugegeben. Der Gemeinderat hat diese Unterstellung ein bisschen eleganter formuliert, aber in einem ziemlich gewundenen Satz. Aber im Klartext heisst diese Formulierung doch, sie haben uns nur eingeladen wegen der finanziellen Beteiligung. Persönlich finde ich es ein schlechtes Zeichen und eine schwierige Grundlage für eine gute Nachbarschaft und eine enge Zusammenarbeit, wenn man den Partnern rein eigennützige finanzielle Motive unterstellt und ihnen nicht abnimmt, dass es ihnen auch um anderes geht, zum Beispiel um das Wohl und Stärkung der ganzen Kernregion Bern. Ich kann mir den Schlenker in der Stellungnahme des Gemeinderats eigentlich nur damit erklären, dass er seiner Sache nicht so sicher ist, dass er einer sachlichen Argumentation nicht vertraut und vielleicht sogar Angst hat. Die Frage ist, vor was eigentlich? In der Machbarkeitsstudie soll's auch um das Angebot und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen gehen, um den Abbau von Doppel- und Mehrspurigkeiten, um effizientere Strukturen, um neue Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, ums gemeinsame Bewältigen von grossen Herausforderungen, welche die einzelne Gemeinden möglich-

erweise überfordern könnten. Mich würde eine Studie, die auch Zollikofen in diese Fragestellungen einbezieht, sehr interessieren. Ich finde, wir sollten jetzt ein Zeichen setzen, dass wir uns da nicht abkapseln, sondern aktiv mitreden wollen – und dann erst am Schluss, nachdem die Resultate der Studie vorliegen, unsere eigenen Schlussfolgerungen ziehen – und nicht schon am Anfang die Türen zuschlagen. Ich bitte euch um Zustimmung zur Motion, auch wenn wir damit am bereits getroffenen Entscheid des Gemeinderats vermutlich nichts mehr ändern können. Aber wir können wenigstens die Stossrichtung der Gemeinden Bremgarten und Bolligen unterstützen, eben, dass neben Fusionsfragen auch Möglichkeiten und Alternativen dazu geprüft werden, dass vielleicht auch neue Möglichkeiten zu verstärktem Zusammenarbeiten unter den Gemeinden gefunden werden. Danke allen, die zustimmen können und ich hoffe auf ein gutes Ergebnis.

**Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP):** Seitens des Gemeinderats ist es mir wichtig, hier noch ein paar Worte dazu zu sagen, nebst der schriftlichen Begründung, die ihr erhalten habt. Nämlich, bei einem Mitmachen zu einer Machbarkeitsstudie, man kann jetzt darin interpretieren was gemacht wird, was man will, aber man sendet Signale aus. Signale, die verunsichern, irritieren können. Ich erinnere insbesondere an Bestrebungen unserer Gemeinde, regional zusammen zu arbeiten. Wie soll das Signal ankommen in den Gemeinden Münchenbuchsee, Moosseedorf, Urtenen-Schönbühl, Bärswil, wo wir im Moment zusammen dran sind, die Feuerwehrregion ins Grauholz oder eben von Zollikofen bis nach Bärswil, anzuschauen, wenn wir uns dann in die andere Seite, Richtung Bern - Ostermundigen orientieren. Bruno hat die beiden Gemeinden Bolligen und Bremgarten erwähnt. Ich kann euch in Ergänzung zu jenen, welche nicht mitmachen, noch die Gemeinde Ittigen erwähnen - nebst Wohlen und Münchenbuchsee, welche ebenfalls nicht mitmachen. Der Gemeinderat vertritt ebenso diese Haltung, also die Haltung, welche die Mehrheit der angefragten Gemeinden eingenommen haben. Der Gemeinderat hält sich also eher an diese Gemeinden. Ich bin froh, dass es von Bruno auch so aufgenommen worden ist. Unser Beitrag in der Kernregion, wir wollen nicht abseits stehen, das haben wir damals deutlich gemacht im Vorstoss, als es um eine Resonanzgruppe ging. Die Gemeinde Zollikofen nimmt an den informellen Gesprächen und Gefässen, welche stattfinden, auf der einen Seite der Resonanzgruppe, andererseits auch beim Bocciacub, sehr fleissig teil und gehört zu den aktivsten Teilnehmern. Nochmals, ihr würdet gewaltig im Kompetenzbereich des Gemeinderats rühren. Fr. 30'000.00, rund um diesen freiwilligen Beitrag geht es, das liegt ganz klar im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats. Ich erinnere einfach nochmals an unsere Bestimmungen in der Gemeindeverfassung, welche aussagt, es soll jedes Organ die Kompetenz und Zuständigkeit wahrnehmen, die es hat, aber auch Kompetenzen der anderen Organe respektieren. In dem Sinne bitte ich euch, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

**Marco Bucheli (SVP):** Ich könnte es mit einem Satz zusammenfassen. Wir wollen nicht fusionieren, deshalb müssen wir es auch nicht überprüfen. In der Begründung des Motionärs stand im Minimum vier Mal, dass es um die Zusammenarbeit geht. Und auch heute Abend hat Bruno hier am Rednerpult gesagt, es gehe um die Zusammenarbeit. Und dafür braucht es keine Studie, für welche Geld ausgegeben wird. Ich sehe spontan auch keinen Vorteil, welchen die Gemeinde Zollikofen dadurch hätte. Der Gemeindepräsident hat es schon gesagt, wir arbeiten bereits gross zusammen. Ganz spontan kommt mir in den Sinn, vor ein paar Jahren, als wir die Grenzbegehung gemacht haben mit Münchenbuchsee zusammen. Beim Hirzi wird z. B. jetzt, im Winter, in einem Wisch gepflügt, nicht jemand von Münchenbuchsee oder Zollikofen, sondern gemeinsam. Man hat eine Putzmaschine und bei der Anschaffung hat man geschaut, ob mit anderen Gemeinden zusammengearbeitet werden könne. Also – die Zusammenarbeit, die funktioniert schon längstens und die ist auch gut. Ein weiterer Grund. Vor zwei Wochen stand in der BZ, dass Rümligen mit der Gemeinde Riggisberg fusionieren möchte. Das sind ganz andere Verhältnisse. Rümligen hat 400 Einwohner. Die Gemeinde Zollikofen hat 10'000 Einwohner, das ist ein ganz anderes Spektrum. Deswegen, in Zollikofen funktioniert bereits gut, wir wollen keine Fusion und wir lehnen die Motion sicher ab.

**Mario Morger (glp):** Aus Sicht der Grünliberalen hat die Studie, an welcher sich laut Motion Zollikofen beteiligen sollte, in erster Linie zum Ziel, die Machbarkeit einer Fusion von Ostermundigen und Bern abzuklären. Eher nachrangig soll auch diskutiert werden, wie die Gemeinden der Agglomeration Bern stärker zusammenarbeiten können. Ich unterstütze generell die Einschätzung des Gemeinderats von Zollikofen, insbesondere die folgenden Argumente sprechen gegen eine Beteiligung von Zollikofen an dieser Studie. Eine Gemeindefusion für Zollikofen mit Bern sehe ich aus verschiedenen Gründen nicht, das müssen wir jetzt hier nicht ansprechen, verstärkte Kooperation mit den umliegenden Gemeinden zur Realisierung von Synergieeffekten ist selbstverständlich willkommen. Darüber sind wir uns hier im Rat wahrscheinlich alle einig, solange man das Ziel nur allgemein formuliert. Darf ich jedoch daran erinnern, dass wenn es konkret wird, die Möglichkeit von der Kooperation leider oftmals nicht mehr gesehen wird; wie z. B. das Geschäft vor kurzem mit der Kehrmaschine gezeigt hat. Um die Zusammenarbeit mit den Berner Gemeinden zu stärken brauchen wir keine Machbarkeitsstudie, sondern konkrete Gefässe, welche einen regelmässigen Austausch von Politik und Verwaltung ermöglichen. Das gibt es bereits und diese Gefässe sollten wahrscheinlich noch intensiver genutzt werden. Sparen wir uns die Fr. 30'000.00 und folgen lieber mal den Worten in Taten, nutzen Synergien dort, wo es sie gibt, z. B. im Beschaffungswesen. Denken wir etwa ans Postulat von der SP-Fraktion betreffend Kosteneinsparungen durch Koordination des öffentlichen Beschaffungswesens in der Kernregion Bern. Damit erreichen wir unser Ziel effizienter, als mit einer Studie. Wir Grünliberalen lehnen deswegen die Motion ab.

**Markus Bacher (FDP):** Wichtig war heute Abend, dass wir uns dieser Diskussion gestellt haben, dass wir eine klare Antwort erhalten haben, wie der Gemeinderat denkt und agieren möchte. Es geht ja nicht darum, ob wir fusionieren wollen oder nicht. Wichtig ist, dass wir uns mit dem Thema auseinandersetzen und auch als Grosser Gemeinderat ein klares Zeichen setzen, überparteilich, dass uns dieses Thema beschäftigt. Dass wir schauen müssen, was links und rechts passiert. Und, es ist immer besser, mitzugestalten, mitzubeobachten, als nachher mit Fakten konfrontiert und daran erinnert zu werden, wie es gesagt worden ist von meinem Vorredner - wir hatten mal etwas, wir hatten mal einen Vorschlag. In diesem Sinne gilt es, sich gut zu überlegen, ob wir mitgestalten möchten oder nicht. Aber letztendlich, unser Gemeinderat hat gesagt, es liege in seiner Verantwortung ob er es möchte oder nicht, aber es gilt auch, vom Parlament ein Zeichen zu setzen, dass man sich mit solchen Themen kritisch auseinandersetzen muss als Agglomerationsgemeinde.

**Petra Spichiger (SP):** Ich bin nicht diejenige, die zuerst ja sagt, mal fusionieren mit Bern. Ich finde diese eine komische Geschichte. Ich habe einfach das Gefühl, ich möchte die Unterlagen haben, damit wir entscheiden können, ist das eine sinnvolle Sache, gibt es neue Varianten, die wir noch gar nicht kennen oder gibt es Möglichkeiten, die wir einfach schon haben, aber noch intensivieren müssen. Darum bin ich dafür, dass wir bei dieser Studie mitmachen würden, dass wir wirklich Grundlagen haben und nicht aufgrund eines Bauchgefühls entscheiden.

**Bruno Vanoni (GFL):** Nur kurz, um ein Missverständnis zu vermeiden, möchte ich auf das Schlusswort des Gemeindepräsidenten zurückkommen, bezüglich Kompetenzordnung der Gemeindeverfassung. Also, nur dass es klar ist. Wir haben eine Motion gemacht, welche Richtliniencharakter hat. Das ist vom Gemeinderat nicht bestritten worden. Wir haben auch nicht bestritten, dass es die Kompetenz des Gemeinderats ist, dies zu entscheiden, aber, wir haben auch gefunden, es ist ein wichtiges Thema und es ist auch das Recht des Gemeindeparlaments, diese Frage mit einer Motion aufs Tapet zu bringen. Also, wenn ihr diesen Vorstoss ablehnt, weil er quasi im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, dann finde ich, ist das kein triftiger Grund. Es gibt vielleicht andere Gründe, aber dieser stimmt eigentlich nicht.

**Beschluss** (15 für Erheblicherklärung, 19 dagegen)  
Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

---

6 1.92.2 Postulate

**Dringliches Postulat Michael Fust (SP) betreffend "Einführung einer Ganztageschule in Zollikofen"; Erheblicherklärung**

**Michael Fust (SP):** Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Eltern eine grosse Herausforderung. Sehr oft gerade für Frauen, in besonderem Masse für Alleinerziehende. In diesem Punkt kommt den Gemeinden eine ganz besonders wichtige Rolle zu. Die Gemeinden können massgeblich dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern oder zu ermöglichen. Weil, ohne entsprechende Angebote auf Gemeindeebene ist es den Betroffenen oft nicht möglich, zeitlich und logistisch, Erwerbstätigkeit und eine qualitativ hochstehende gute Kinderbetreuung sicherzustellen. Zollikofen hat in den letzten Jahren erfolgreiche und wichtige Schritte unternommen, um solche Betreuungsangebote auf- und auszubauen. Sei das mit zusätzlichen Kita-Plätzen oder mit der Einführung einer Tagesschule. Dadurch konnte, aus meiner Sicht, die Attraktivität unserer Gemeinde für Familien massgeblich gesteigert werden. Diesen Familien sind neue Möglichkeiten und Freiheiten eröffnet worden. Wieso also das Postulat zur Prüfung der Tagesschulen und weshalb gerade jetzt. Wie auch aus der Antwort des Gemeinderats auf das Postulat hervorgeht, werden jetzt, im Zuge der laufenden Schulraumplanung, künftige Raumbedürfnisse abgeklärt. In diesem Frühling sollten auf der Grundlage dieser Arbeiten, aus diesen Abklärungen, die weiteren Planungsarbeiten in Angriff genommen werden können. Die Frage, ob eine Ganztageschule in Zollikofen eine sinnvolle Ergänzung der Schullandschaft wäre, muss deshalb jetzt sorgfältig abgeklärt und geprüft werden. Weil, so können wir sicherstellen, dass die notwendigen Fakten vorliegen und auf dieser Grundlage ein Entscheid getroffen werden kann. Ich möchte daran erinnern – im Finanz- und Investitionsplan ist unter dem Punkt Erneuerung oder Neubau von Schulräumen für 2020 pro Memoria ein Hinweis angebracht. Es sollte uns nicht passieren, dass wir jetzt unsere Schulraumplanung abschliessen, allenfalls etwas Neues bauen und in ein paar wenigen Jahren dann schon merken, dass alles gar nicht mehr passt. Dann würden wir falsch investieren. Natürlich, ich habe schon das Gefühl, dass das eine sinnvolle Massnahme sein könnte, deshalb dieses Postulat. Weil, Ganztageschulen haben einige Vorteile. Z. B. wird in einer Ganztageschule Unterricht und Tagesbetreuung an einem Ort zusammengeführt. Das hat den Vorteil, dass Kinder eine kontinuierlichere Betreuung haben, mit weniger verschiedenen Betreuungspersonen und dadurch ein kontinuierlicheres und stabileres Umfeld haben. Es gibt weniger Hin und Her, örtlich und personell ist das gerade für die kleineren Kinder einfacher. Man kann ein umfassendes pädagogisches Konzept anwenden und entwerfen, es entstehen neue Möglichkeiten, gerade in der Gestaltung der Schultage und der Freizeit. Und gerade für die Familien, welche ein Betreuungsangebot brauchen, von nicht nur ein oder zwei Tagen, sondern die ganze Schulwoche betreffend, kann das eine sehr attraktive Ergänzung sein. Kommt dazu, dass durch eine Ganztageschule auch unsere Tagesschule entlastet werden könnte. Bekanntlich stösst diese an einzelnen Tagen an ihre Kapazitätsgrenze. In meinem Vorstoss geht es jetzt nicht darum, dass wir heute entscheiden, wollen wir eine Ganztageschule einführen oder nicht. Es geht darum, dies zu prüfen, abzuwägen, ob dies eine sinnvolle Massnahme für Zollikofen sein kann und ob das anvisiert werden sollte. Ich danke dem Gemeinderat bestens dafür, dass er beantragt, mein Postulat erheblich zu erklären und die Abklärungen zu machen. Es freut mich, dass ich offenbar mit diesem Antrag auf offene Türen gestossen bin, was diese Prüfung angeht. Und ich würde mich sehr freuen, wenn ihr das auch teilen könntet und dem Postulat zustimmen würdet. So, dass wir die Abklärungen jetzt, im Zuge der anstehenden Überprüfungs- und Planungsarbeiten, machen können.

**Gemeinderätin Sabine Huber-Spari (FDP):** Den Prüfauftrag, den können wir gut annehmen. Weil wir zeitlich genau dort liegen, wo wir jetzt sind, beim Planen und Prüfen. Was wir aber zwingend tun müssen, sind vertiefte und umfassende Abklärungen, weil Ganztageschulen werden, dort wo es sie gibt, sehr unterschiedlich gehandhabt. Es ist unumstritten, dass berufstätige Eltern eine Tagesbetreuung brauchen, für welche wir mit unserer Tagesschule, Michael Fust hat es gesagt, sehr ein gutes Angebot haben. In der Ganztageschule, eben, die Kinder werden den ganzen Tag im Schulhaus in ihrer Klasse betreut. Obs für eine

Klasse dann immer nur positiv ist, wenn in einer Konstellation der Klasse die Klasse den ganzen Tag beieinander bleibt, das darf man vielleicht in Frage stellen. Wenn jetzt die Klasse den ganzen Tag im Schulhaus bleibt, brauchen wir zusätzlich in diesem Schulhaus natürlich entsprechende Koch- und Essmöglichkeiten. Es braucht zusätzliche Infrastruktur und auch mehr Personal. Wie werden Ganztageseschulen in den Gemeinden, die das Angebot bereits haben, gehandhabt? Es würde bedeuten, dass die normale Tagesschule weiterbestehen würde, aber reduziert. Es ist klar, dass nicht alle Eltern ihre Kinder in eine Ganztageseschule schicken wollen. Dort, wo es das bereits gibt, werden sie entweder sehr flexibel, ähnlich wie bei der Tagesschule, oder einigermaßen flexibel gehandhabt, oder aber auch das Modell, dass es zwingend ist, dass die Kinder fünf Tage pro Woche von 08.00 – 17.00 Uhr in dieser Tagesschule sind. So oder so werden sich bei der Prüfung dieses Vorstosses ganz viele Fragen stellen und bei einer allfälligen Einführung, ergäben sich im Übrigen auch grosse organisatorische Herausforderungen. Ein Schulhaus bei uns umfasst sechs Klassen, das sind in etwa 130 Kinder. In der Tagesschule sind im Moment 146-147 Kinder. 40 davon sind Kindergartenkinder, fällt dies weg, bleiben noch die restlichen übrig. Da muss man sehr flexibel sein, dass man dann eben auch diese Klassen füllen könnte mit Kindern, welche nicht die Ganztageseschule besuchen. Aber das wird alles eine Frage der Prüfung sein und wir machen das gerne.

**Samuel Tschumi (SVP):** Das Postulat hat mich um 30 Tage zurückversetzt. Silvester, als ich eine Tischbombe vor mir hatte. Ich sehe aussen den Inhalt, weiss, was traditionsgemäss etwa drin ist, aber was schlussendlich rausspickt, das ist unklar. Hier haben sich mir eine ganze Reihe offener Fragen gestellt. Soll man das Angebot gleich haben wie jetzt, ist es zentral, dezentral, was sind die Folgen daraus. Insbesondere, was sind daraus die finanziellen Folgen. Wir haben es im Oktober gehört, wir müssen zu unseren Finanzen schauen. Das hier wäre jetzt eher ein Wunschbedarf, somit muss die Prüfung sehr genau sein, wir müssen schauen, was ist der Nutzen. Wir haben erst gerade, vor zwei Jahren, das Projekt beerdigt, weil es nicht genutzt wurde, Ferienbetreuung in der Tagesschule. Wir dachten, Eltern wollen das. Die Situation war dann aber anders, weil es schlussendlich nicht so flexibel war, wie gewünscht worden wäre. Und – auch hier stellen sich sehr viele Fragen. Die SVP ist aber der Ansicht, dass, wenn es einen Zeitpunkt gibt, dies zu prüfen, dann ist das jetzt, im Zuge der Schulraumplanung. Deshalb werden wir uns teilweise enthalten und teilweise zustimmen.

**Marceline Stettler (GFL):** Das Vereinbaren von Beruf und Familie ist auch den Grünen ein wichtiges Anliegen. In gewissen Fällen müssen beide Elternteile arbeiten, in gewissen Fällen wollen die Mütter weiterhin zumindest teilweise berufstätig bleiben – das ist eine Realität. Vor Realitäten sollte/darf man die Augen nicht verschliessen. Ob eine Ganztageseschule für Zollikofen realistisch, mach- und finanzierbar ist, möchte ich heute nicht behaupten. Aber in Anbetracht, dass im Moment die Schulraumplanung überarbeitet wird und wir zudem noch wissen, dass die Tagesschule massiv mit Platzproblemen kämpft, liegt es auf der Hand, die Frage betreffend einer Ganztageseschule in diesen laufenden Prozess einzubeziehen. Dabei gilt es, aufgrund von Fakten und Daten, die bestmögliche Lösung für Zollikofen zu finden. Darum werden die Grünen die Erheblicherklärung unterstützen.

**Mario Morger (glp):** Ich hatte ein ganz langes Votum vor mir aber habe jetzt entschieden, Michael hat alles Wichtige bereits erklärt und eine gute Auslegeordnung gemacht. Wir Grünliberalen unterstützen das sehr und begrüssen es sehr, wenn das Postulat angenommen werden würde.

**Hans-Jörg Rhyn (SP):** Das Votum der Gemeinderätin, welche für das Bildungswesen zuständig ist, hat mich bald zweifeln lassen, ob der Gemeinderat uns wirklich empfiehlt, das Postulat erheblich zu erklären. Weil, sie hat sehr wahrscheinlich die Prüfung bereits hinter sich und hat relativ viel dagegen gesprochen. Es geht wirklich um eine Prüfung hier und selbstverständlich unterstützt unsere Fraktion das Postulat von Michael Fust. Ich bitte euch, alle anderen Sachen, die jetzt noch darüber gesprochen worden sind, im Moment zu vergessen, es geht darum, es zu prüfen.

---

**Beschluss** (35 für Erheblicherklärung, 0 dagegen)  
Das Postulat wird erheblich erklärt.

---

7      1.92.      Parlamentarische Vorstösse

**Parlamentarische Eingänge**

- Postulat Marco Bucheli (SVP) betreffend "Graffitis entfernen und verhindern"
  - Einfache Anfrage Stefan Stock (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend "Altes Altersheim – Wie weiter?"
  - Einfache Anfrage Stefan Stock (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend "Was passiert ab 2019 mit dem Abfall von Grossbetrieben in Zollikofen?"
- 

**GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP):** Die Februar-Sitzung fällt aus, mangels Traktanden. Danke allen, dass ihr mir geholfen habt, durch meine erste Sitzung zu kommen. Gerne möchte ich mit euch jetzt beim Apéro anstossen, die Sitzung ist geschlossen.